

Die Anfänge der Sozialen Frauenschule und des Sozialpädagogischen Instituts in Hamburg

Gründung, Krise und Fortbestand im Zeitraum von 1917-1933¹

Stephan Larisch und Dieter Röh

Einleitung Die Geschichte der Sozialen Arbeit ist in den letzten Jahren immer „in Großbuchstaben verfasst worden“, umfangreiche chronologische oder thematisch fokussierte Werke sind mittlerweile zur Standardliteratur in der Disziplin und in der Lehre in Studiengängen der Sozialen Arbeit avanciert (Wendt 2008; Sachße/Tennstedt 1980, 1988, 1992; Müller 1992, 1994) Darin findet man je nach Werk vom Mittelalter an bis in das 20. Jahrhundert vieles an Informationen über die Entstehung und Entwicklung des Berufes. Auch zur Geschichte der Ausbildungsgänge und -institutionen ist bereits umfangreiches Material vorhanden (Amthor 2003). Doch was wissen wir über die Details, z. B. über die Entwicklung der Sozialen Frauenschulen in den ersten dreißig Jahren des 20. Jahrhunderts?

So wird z. B. in vielen der o. g. Werke die am 30. April 1917, neun Jahre nach Gründung der ersten Sozialen Frauenschule in Berlin durch Alice Salomon eröffnete soziale Frauenschule in Hamburg nur kurz erwähnt (z.B. Amthor 2003, 283). Eine Ausnahme bilden Dünkel/Fesel (1999) und das Themenheft „75 Jahre Sozialarbeiter-Ausbildung in Hamburg“ (standpunkt : sozial 3/1992). Diese geringe Beachtung ist umso erstaunlicher, als die beiden Gründerinnen, Gertrud Bäumer (1873-1954) und Marie Baum (1874-1964), wohl zu den aktivsten Persönlichkeiten der Pionier- bzw. Gründerzeit Sozialer Arbeit zu zählen sind.

Wir wollen mit diesem historischen Aufsatz den Blick auf die eher kleinen Geschichten lenken, die uns Einblicke in die Herausforderungen des Aufbaus und der Sicherung er-

ster Ausbildungsinstitute der sozialen Arbeit bzw. Fürsorge gewähren. Wir werden dazu vordringlich die von Rezession und Inflation und instabilen politischen Verhältnissen gekennzeichneten frühen Jahre in den Blick nehmen, in denen der Aufbau und die Etablierung der Institution in Hamburg hartnäckig und erfolgreich verfolgt wurde. Neben



Foto: Staatsarchiv HH

Gertrud Bäumer (1873-1954)

der hier dargestellten „Vernetzungsarbeit“ und dem Kampf um notwendige Ressourcen für den Erhalt der Schule und den Lebensunterhalt der Lehrenden und Schülerinnen sind weitere Themen bearbeitet worden, die nach und nach der Fachöffentlichkeit zugänglich gemacht werden sollen. In den

¹ Dieser Aufsatz wurde erstmals veröffentlicht in der Zeitschrift *Soziale Arbeit*, Heft 9/2011, S. 337-344. Die hier abgedruckte Fassung ist leicht verändert und ergänzt durch zeitgenössisches Bildmaterial. Der Artikel basiert im Wesentlichen auf einer im Rahmen einer Studienarbeit von Stephan Larisch durchgeführten Dokumentenanalyse, die in einer Geschichtswerkstatt unter Leitung von Prof. Dr. Dieter Röh und Prof. Dr. Frauke Schwarting im Sommersemester 2010 entstand und in der das bei einem Standortwechsel des Departments Soziale Arbeit der HAW Hamburg „entdeckte“ Archivmaterial gesichtet und für Forschungsfragen erschlossen wurde.

folgenden Ausführungen möchten wir uns den frühen Jahren des Anfangs und Aufbaus dieser Institution widmen, wobei uns insbesondere die Aufrechterhaltung der Institution in den krisengeschüttelten 1920er-Jahren interessiert. Diese konnte augenscheinlich nur durch zahlreiche und intensive Unterstützung wohlhabender wie einflussreicher Hamburger Persönlichkeiten gewährleistet werden. Es soll daher hier gezeigt werden, wie es gemeinsam mit Förderern, Unterstützern und Freunden aus Politik, Wirtschaft und gehobenem Bürgertum gelang, die Ausbildungsstätte für Fürsorgerinnen aufzubauen und auch unter wirtschaftlich wie gesellschaftlich äußerst schlechten Rahmenbedingungen aufrecht zu erhalten.

Der Schriftverkehr aus diesen Jahren bietet uns einen erstaunlichen Einblick in die durch Ausdauer und Beharrlichkeit geprägten Aktivitäten der Pionierinnen hinsichtlich der

als Vorbild unter veränderten historischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen erhalten können, so kann man doch ihr Engagement für den Erhalt der Schule und die intensive Vernetzung in das damalige politische und finanzpolitische „Machtzentrum“ der Hansestadt nur bestaunen. Mit großem Mut und unermüdlicher Tatkraft gelang es zunächst Gertrud Bäumer und Marie Baum und später vor allem Margarete Treuge die Ausbildungsinstitution in ihrem Betrieb aufrechtzuerhalten. Besonders letztere ließ dabei nichts unversucht, die notwendigen Ressourcen zu sichern. Allerdings konnte sie sich schließlich der vornehmlich unter ökonomischem Druck infolge der Inflation drohenden Verstaatlichung der Schule 1923 nicht erwehren. Aber auch durch die Verstaatlichung war die Krise noch nicht überwunden, wie die Dokumente eindrücklich beweisen.²

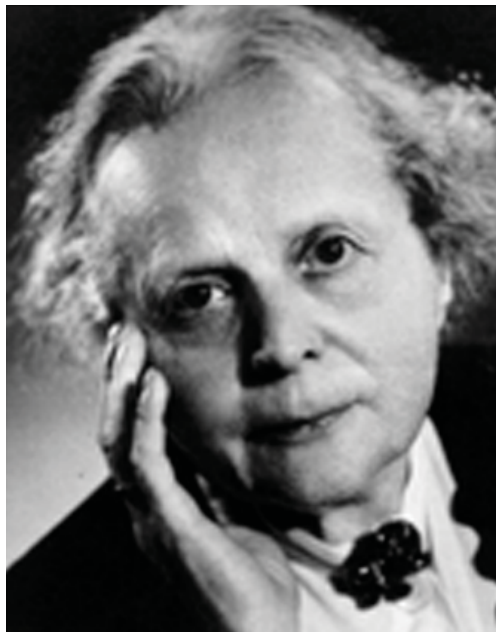


Foto: Staatsarchiv HH

Marie Baum (1874-1964)

Vernetzung und Engagementförderung. Die vorliegenden Dokumente (vor allem Briefe an Förderer und Unterstützer) zeugen von einer Kraft und einem Willen zur Erhaltung der Aus- und Weiterbildungseinrichtung für Wohlfahrtspflegerinnen, die die Akteure auch zur fast demütigen Bittstellerei befähigte, jedenfalls aber zum beharrlichen Einsatz für beide Institutionen. Auch wenn viele Aktivitäten der damaligen Schulleiterinnen ein „Handeln in Not“ waren und keinesfalls

Die Gründung der sozialen Frauenschule und des sozialpädagogischen Instituts in Hamburg

Die bezüglich ihrer ideellen Wurzeln typische Gründung der Sozialen Frauenschule und des sozialpädagogischen Instituts (SPI) erfolgte in Hamburg 1916 durch führende Persönlichkeiten der damaligen hanseatischen Fürsorgepolitik. Einem der Gründungsdokumente aus dem Jahre 1916 kann man die Motivation zur Institutsgründung entnehmen: „Die Gründung der sozialen Frauenschule und des sozialpädagogischen Instituts in Hamburg steht in engster Verbindung mit den sozialen Eindrücken und Wirkungen des Krieges. Die weibliche Jugend, die in verschiedenen Zweigen der Kriegshilfe freiwilligen Vaterlandsdienst leistete, fand in der sozialen Arbeit ein Feld befriedigenden Wirkens. Viele hatten den Wunsch, die freiwillige Arbeit zu einem Beruf werden zu lassen, oder doch mit Berufsernst und sachlichem Verständnis zu durchdringen. Das Einzelne, die Teilarbeit, lockte zum geistigen Erfassen des ganzen Gebietes, dem sie angehörte. Aus dem Pflichtgefühl, das zum Helferdienst getrieben hatte, entstand ein dauerndes gefestigtes Bewußtsein, das sich rüsten wollte, um den kommenden Aufgaben des Friedens noch besser dienen zu können“ (Staatsarchiv Hamburg, Signatur A 558/85)³.

Vor diesem Hintergrund hatte der damalige Vorsitzende der Hamburgischen Gesellschaft

² Es wurde nur das umfassende Archivmaterial von 1921 bis 1926 ausgewertet. Weitere Dokumente nach 1926 befinden sich im Hamburger Staatsarchiv.

³ StAHH, ZAS: Staatsarchiv Hansestadt Hamburg (Kattunbleiche 19, 22041 Hamburg, Fon: 040-42831-3200) Zeitungsausschnitte über Hamburger Persönlichkeiten. Die Zahlenfolge entspricht der jeweiligen Signatur, unter welcher Artikel zu bestimmten Personen zu finden sind.

für Wohltätigkeit, Senator J. A. Lattmann, die Errichtung einer sozialen Frauenschule angeregt, auch um den jungen Frauen nach dem Krieg infolge zu erwartenden Mangels an Männern als potentielle Ehepartner und Versorger eine eigene Erwerbsmöglichkeit zu verschaffen.

Johannes August Lattmann (geb. 1858 in Hamburg, gest. 1936 ebd.) hatte es als Mitinhaber der Handelsfirma G. Amsinck & Co. in New York zu beachtlichem Vermögen gebracht, so dass er als Privatier von 1912 bis 1919 als liberal-fortschrittlicher Senator in Hamburg und u.a. Leiter der hiesigen Armenbehörde, öffentlichen Jugendfürsorge und des Fortbildungswesens wirkte. 1913 gründete er die Gesellschaft für Wohltätigkeit, deren Vorsitz er bis 1924 innehatte (Staatsarchiv Hamburg, ZAS 731-8, A 761).



Foto: Staatsarchiv HH

Johannes A. Lattmann (1858-1936)

Um das Projekt zu verwirklichen, wurde 1916 zunächst der Trägerverein „Soziale Frauenschule & Sozialpädagogisches Institut“ gegründet, der die Schule und das SPI bis zur Verstaatlichung unterhielt (Dünkel/Fesel 1999, 9 ff.). Als erste Schulleiterinnen wurden Gertrud Bäumer und Marie Baum nach Hamburg berufen.

Gertrud Bäumer (geb. 1873 in Hohenlimburg, gest. 1954 in Bethel) lehrte nach einem Theologie- und Philosophie-Studium von 1908-1916 an der von Alice Salomon gegründeten Sozialen Frauenschule in Berlin. Auf Bitten

Lattmanns und anderer Hamburger Honoratioren half sie beim Aufbau einer Sozialen Frauenschule und übernahm 1916 deren Leitung. Als Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) wurde sie 1919 in den Reichstag gewählt, wo sie bis 1932 wirkte. Ab 1920 übernahm sie den Posten der Ministerialrätin der kulturpolitischen Abteilung im Reichsinnenministerium und die Leitung über das Referat Jugendwohlfahrt/Schulwesen. Sie war maßgeblich an der Ausarbeitung des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes von 1922/23 beteiligt. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs war sie Gründungsmitglied der CSU und betätigte sich sporadisch als Gastreferentin und Schriftstellerin. Gertrud Bäumer verortete die Sozialpädagogik in der Sozialpolitik und interpretierte sie als gesellschaftlichen Erziehungsauftrag jenseits von Familie und Schule (Thorun 1998).

Marie Baum (geb. 1874 in Danzig, gest. 1964 in Heidelberg) arbeitete nach einem Studium der Biologie, Chemie und Mathematik in Zürich zunächst als Gewerbeinspektorin im Freistaat Baden, wo sie die Einhaltung der Arbeitsschutzbestimmungen zu überprüfen hatte. Von 1907 bis 1916 wirkte sie als Geschäftsführerin des Vereins für Säuglingsfürsorge im Regierungsbezirk Düsseldorf. Dort vertiefte sie die Ursachenforschung der Säuglingssterblichkeit und regte Verbesserungen an. Im Herbst 1916 wurde sie aufgrund dieser Erfahrungen von Gertrud Bäumer nach Hamburg gebeten, um dort beim Aufbau der Sozialen Frauenschule zu helfen. Sie übernahm die Leitung der praktischen Ausbildung und lehrte Armen- und Wohlfahrtspflege, Volkswirtschaftslehre und Sozialpolitik. 1918 wechselte auch Baum in die Weimarer Nationalversammlung und anschließend in den Reichstag. Wegen der jüdischen Herkunft ihrer Großmutter entzogen ihr die Nazis sämtliche Lehraufträge. Erst 1946 durfte sie einem Lehrauftrag in Sozial- und Staatswissenschaften an der Universität Heidelberg nachgehen (Thorun 1998).

1921 – Erste massive finanzielle Schwierigkeiten Nachdem Bäumer und Baum von ihren Funktionen zurückgetreten waren, um sich der Politik widmen zu können, übernahm Margarete Treuge deren Funktion als Schulleitung. Schon sehr früh musste sie sich vordringlich um die finanzielle Situation kümmern.

Margarete Treuge (geb. 1876 in Danzig, gest. 1962 in Hamburg) war studierte Oberlehrerin und aktives Mitglied in dem von Helene Lange gegründeten Allgemeinen Deutschen Lehrerinnen-Verein und nebenamtlich Lehrende an der Sozialen Frauenschule in Berlin. Ebenso wie Bäumer und Baum war sie Mitglied der DDP und folgte 1918 Bäumers Ruf nach Hamburg, um beim Aufbau einer Sozialen Frauenschule zu helfen. Nach Baums Ausscheiden übernahm sie die Leitung der praktischen Ausbildung und mit Bäumers Fortgang 1920 die der gesamten Schule. Bis 1933 blieb sie in der bürgerlich-liberalen Frauenbewegung tätig. Als „Demokratin“ galt sie den Nazis als politisch unzuverlässig, weshalb sie 1934 mit gekürzten Bezügen in den vorzeitigen Ruhestand versetzt wurde (Thorun 1998).

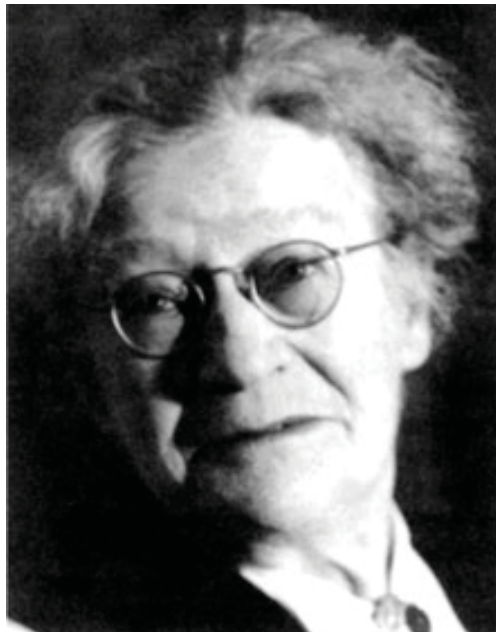


Foto: Staatsarchiv HH

Margarete Treuge (1876-1962)

Eines der ersten Schreiben, mit dem eine Förderung beantragt wurde, ist datiert vom 15. 12. 1921 an den Hohen Senat der Stadt Hamburg. Im Namen des Kuratoriums des Gründungsvereins wurde um Bewilligung einer Beihilfe zu den bislang privaten Zuwendungen in Höhe von 100.000 Mark für das Haushaltsjahr 1922 ersucht. Hierdurch sollte der Fortbestand des SPI gewährleistet werden. Ebenso wurde nachträglich um 42.500 Mark für das Haushaltjahr 1921 infolge inflationsbedingt gestiegener Preise und Gehälter gebeten. Es folgte eine detaillierte Aufstel-

lung von Ausgaben seit Eröffnung der Schule. Diesen standen feste Jahresbeiträge und Spenden der Mitglieder des Trägervereins gegenüber, die erheblich zur Finanzierung beitrugen, im Ergebnis aber nicht ausreichten. Aus den beiden letzteren Finanzierungsquellen konnten seit Ostern 1918 die Gehälter der beiden Leiterinnen Bäumer und Baum, das Gehalt einer hauptamtlichen Lehrkraft sowie das Gehalt der Geschäftsführerin und die Miete der Verwaltungsräume mit einer Gesamtsumme von 30.000 Mark bestritten werden.⁴ Im Winterhalbjahr 1921/22 waren 23 Lehrende beschäftigt, die nur wenige Stunden im Semester referierten und keine Daueranstellung innehatten.

1922 – Freunde und Förderer sichern den Fortbestand der Schule

Schon im folgenden Jahr erfolgte ebenfalls ein Rundschreiben an die Mitglieder des Vereins, datiert vom 10.10.1922, in dem diverse Personen gebeten wurden, ihren jeweiligen individuellen Jahresbeitrag angesichts der starken Geldentwertung zu erhöhen. Einige ausgewählte Beispiele von Hamburger Honoratioren, die sich mittels finanzieller Unterstützung am Erhalt der Einrichtung beteiligten, seien hier aufgeführt:

- So sollte der Gründer der Hamburger Werft Blohm & Voss, Hermann Blohm (geb. 1848 in Lübeck, gest. 1930 in Hamburg), seinen Mitgliedsbeitrag von 600 auf 1200 Mark anheben. Gleiches galt für den Hamburger Bürgermeister Carl Wilhelm Petersen (geb. 1868 in Hamburg, gest. 1933 ebd.).
- Die Gattin des Kaffeeröstereibesitzers Arthur Darboven, Anna Maria (geb. 1883, gest. 1959 in Hamburg-Blankense) wurde gebeten ihren Beitrag von 50 auf 1.000 Mark anzuheben. Des Weiteren wurde das jüdische Bankhaus Levy Behrens & Söhne als Fördermitglied angeschrieben seinen Beitrag von 500 auf 1000 Mark zu erhöhen.
- Antonia (Toni) Helene O'Swald (geb. 1866 in Hamburg, gest. 1949 ebd.), Ehefrau des wohlhabenden Kaufmanns und Politikers Ernst Alfred O'Swald übernahm nach Senator Lattmanns Ausscheiden als 1. Vorsitzender des Ursprungsvereins „Soziale Frauenschule und Sozialpädagogisches Institut“ seinen Posten (im Folgenden nur Verein).⁵ Dem Archivmaterial nach, war sie eine der aktivsten UnterstützerInnen des SPI. O'Swald sollte ihren Beitrag von 100

⁴ Das mit Schreibmaschine abgefasste Gesuch umfasst 12 Seiten. Die Originaldurchschrift befindet sich im Archiv des Departments Soziale Arbeit.

⁵ Nachdem sich am 14. 3. 1916 das Kuratorium der Sozialen Frauenschule konstituiert hatte, gründete dieses am 18. 5. 1916 den Verein Soziale Frauenschule und Sozialpädagogisches Institut, welcher bis zur Verstaatlichung 1923 privater Träger der Einrichtung blieb. Hiernach erfolgte die Umbenennung in „Verein der Freunde und ehemaligen Schülerinnen des Sozialpädagogischen Institutes“.

auf 2. 000 Mark erhöhen. (Hamburger Geschlechterbuch 1927, Bd. 7). Insgesamt ergingen wahrscheinlich 31 dieser Schreiben.



Foto: Staatsarchiv HH

Carl Wilhelm Petersen (1868-1933)

1923 – 1. Halbjahr – Die wirtschaftliche Lage spitzt sich zu! Am 6. 6. 1923 erfolgte rückwirkend zum 1. 4. 1923 die Verstaatlichung des SPI, indem der Verein den Großteil seiner Verpflichtungen dem Staat übertrug. Wenig später, am 25. Juni, erfolgte ein Einladungsschreiben zu einer Versammlung der Freunde und Förderer des SPI für den 3. 7. 1923 als ordentliche Mitgliederversammlung. Dort sollte über die bisherige Arbeit des SPI, seine Verstaatlichung sowie über die neuen Aufgaben des bisherigen Trägervereines berichtet werden. Erwähnt wird auch, dass künftig der Staat für die Berufsvorbereitung einträte. Im gleichen Schreiben wird vorab um eine Unterstützung zur Einrichtung einer neuen „Stätte der Erholung und des gemeinschaftsstärkenden Zusammenlebens“ in Form eines Sommer- bzw. Ferienheimes geworben, dem sogenannten Heide-Haus in der Lüneburger Heide. Unterzeichnet wurde das Schreiben von Staatsrat Dr. Buehl und Treuge. Buehl kommt im Zusammenhang mit dem SPI eine besondere Rolle zu, da er nach den vorliegenden Dokumenten offenkundig ein großer politischer Unterstützer der Einrichtung gewesen sein

muss.

Wilhelm A. Buehl (geb. 1860 in Koblenz, gest. 1948 in Hamburg) bekleidete von 1897 bis 1905 den Posten des Direktors des öffentlichen Armenwesens in Hamburg. Sein größtes Anliegen galt der Erweiterung des Hauspflegerinnensystems als Teil der öffentlichen Fürsorge für entbindende Frauen und Wöchnerinnen der Unterschicht. Buehl fungierte als 2. Vorsitzender des Vereins (StAHH, ZAS 731-8, A 752).

Im Anschluss an die Mitgliederversammlung wurde ein Bericht erstellt, datiert vom 3. 7. 1923. Hierbei ging es im Wesentlichen darum, welche Lehrkräfte ausgeschieden waren und welche ihren Dienst aufgenommen hatten. Es wird noch einmal erläutert, dass das Kuratorium angesichts der finanziellen Situation im Dezember 1922 genötigt sei, einen Antrag auf Übernahme des SPI durch den Staat zu stellen. Privat finanziert hatte sich die Einrichtung nicht mehr halten lassen. Die soziale Ausbildung sollte aber im alten Stil weitergeführt werden. Die neuen Aufgaben des Vereins wären nunmehr dahingehend gestaltet, sich um jene Menschen zu kümmern, die die Schule besuchten und „...welche neue große Mittel haben müssen, um ihre Ausbildung fortsetzen zu können“. Es wurde beschlossen, den Jahresbeitrag für das Jahr 1923 auf eine halbe Goldmark festzusetzen.

Weiter wird erwähnt, dass alle 37 Schülerinnen der ersten Klasse die Staatsprüfung bestanden hätten. Eingeladen waren zu der Versammlung 57 Mitglieder. In den Monaten Juli und August des Jahres ging es im Schriftverkehr zwischen Treuge und dem Bankier Max Warburg um die unentgeltliche Nutzung von Telefon, Schreibmaschine etc. und die Inanspruchnahme von Büroangestellten in den Tätigkeitsfeldern des Vereins und des SPI. Es scheint sich hierbei um eine Form von Klärung darüber zu handeln, wer, wann, wie oft und welche dem SPI zur Verfügung stehenden Verwaltungseinrichtungen benutzen durfte, ohne es, wie Warburg andeutete, zu „Reibereien“ kommen zu lassen. Warburg stellte zeitgleich zehn Goldmark auf fünf Jahre in Aussicht, wenn die Angelegenheit seitens der zuständigen Behörde, welcher die Schule unterstellt war, geklärt werden würde. Die zuständige Berufsschulbehörde stimmte dem Anliegen Warburgs zur Mitbenutzung von Büroressourcen zu. Neben dem

bereits erwähnten Buehl spielte Warburg eine zentrale Rolle bei der Aufrechterhaltung der Lehranstalt.

Der jüdische Bankier Max Warburg (geb. 1867 in Hamburg, gest. 1946 in New York City, N.Y.) saß von 1904 bis 1919 in der Hamburger Bürgerschaft und agierte seit 1928 als Vorsitzender des 1901 gegründeten Hilfsvereins der Juden in Deutschland e. V. Nach der Machtergreifung der Nazis verlor er sämtliche Ämter und emigrierte 1938 in die USA, nachdem er selbst in den Jahren 1933 bis 1938 in seiner Vereinsfunktion und über Möglichkeiten seines Bankhauses 75.000 jüdischen Bürgern das Leben durch Ausreise gerettet hatte. Warburg war vermutlich einer der größten Geldgeber und auch bisweilen der erste Schatzmeister des Vereins. (Hoffmann 2009).



Foto: Staatsarchiv HH

Max Warburg (1867-1946)

Am 15. 8. 1923 teilte Warburg mit, dass durch Vermittlung von Buehl bei der Berufsschulbehörde ein Konsens in Sachen Mitbenutzung staatlichem Eigentums wie Büroräume, Telefon etc. seitens des Vereins erlangt worden sei. So sollte in der Akte der Sozialen Frauenschule folgende Notiz aufgenommen werden: „Der Herr Präses hat auf Vortrag genehmigt, dass der Verein der Freunde und ehemaligen Schülerinnen des Sozialpädagogischen Institutes das Büro der Schule für Arbeiten, die im Interesse der Schule und ihrer Schülerinnen liegen, unentgeltlich benutzen kann.“

1923 – 2. Halbjahr, die Krise hält an! Das Ausmaß der Inflation wird im August 1923 deutlich, als der Direktor der Hamburg-Amerika-Linie (HAPAG) Dr. Martin Haller 3,5 Millionen Reichsmark und im September erneut 11,06 Millionen Reichsmark aus den Einnahmen durch Schiffsbesichtigungen an das Institut überweist.

Martin Ferdinand Haller (geb. 1871 in Hamburg, gest. 1963 ebd.), Architektensohn und Bruder von Toni O'Swald, wurde 1902 von Albert Ballin überzeugt, in den Vorstand der HAPAG einzutreten. (StAHH, ZAS 731-8, A 758).

Bereits am 5. 9. 1923 beklagte sich Treuge in einem Schreiben an O'Swald, dass derzeit „Ebbe in der Kasse“ sei. Die 3,5 Millionen von der Hamburg-Amerika-Linie deckten nicht annähernd die bescheidenste Anschaffung. Bezahlt werden konnte davon lediglich die letzte Gasrechnung! Auch die Besoldung des Bürolehrings Frl. Gertrud Lübbers, die laut Tarif eigentlich monatlich 10 Millionen erhalten müsste, galt als noch nicht abgesichert.

Aus diesem Brief geht deutlich hervor, dass es zwischen Warburg und Treuge Spannungen gegeben haben muss. Denn sie äußerte sich O'Swald gegenüber, dass „...ich bange bin an ihn erneut heranzutreten in Angelegenheiten des Bürokörpers“. Auch schien ihr bewusst, dass sie mit all ihren Anliegen bei Senator Lattmann nur noch „Seufzen und Stöhnen“ auslösen würde. Abschließend bat Treuge O'Swald bei all ihren Klagen und Bitten um „...Nachsicht, wo Sie mir doch eine große Unterstützung sind.“

Am 1. 10. 1923 überwies Arthur Darboven im Namen seiner Frau Anna Maria 20 Millionen Reichsmark in Form einer halben Goldmark. Dem folgte am 15. 10. ein Rundschreiben an die ehemaligen Schülerinnen über die beschlossene Festsetzung des Jahresbeitrages auf eine halbe Goldmark und die Information, dass einige ehemalige Schülerinnen Patenschaften für derzeitige Schülerinnen zur Gewährleistung des Mittagstisches für die Dauer der Ausbildung übernommen hatten. Weil nun als Maßnahme gegen die Inflation sämtliche Preise in Goldmarkwert festgelegt worden waren, wurde in dem Schreiben auch um Spenden von Wirtschaftsgegenständen wie Töpfen, Tellern, Bestecken, Lebensmitteln, Kakao und „Tee in besonderem Maße“ gebeten. Weiter heißt es da, „...dass

die billige Schulspeisung, der Stipendienfond der Helene Bonfort-Stiftung für Unterhaltsbeihilfen, das Heide-Haus für Freizeit und Erholung, die Fachbücherei, die Stellenvermittlung und die Beschaffung billigen und geeigneten Wohnraums für die Schülerinnen nur aus freiwilligen Kräften zu halten ist, weshalb um weitere Einzahlungen gebeten wird.“



Foto: Staatsarchiv HH

Arthur Darboven (1871-1954)

Wie angespannt die finanzielle Situation 1923 für das SPI war, geht deutlich aus einem Schreiben vom 22. 10. an Warburg hervor. Darin bat Treuge ihn „angesichts großer Geldknappheit bei den Schülerinnen“ um eine Barauszahlung seines jährlichen Beitrags von zehn Goldmark, um Brot kaufen zu können. In seiner zwei Tage später erfolgenden Antwort willigte er ein und bot an, sich das Geld an der Kasse in seinem Hause abzuholen. Ferner bot er an, die eigentlich für Weihnachten bestimmten Lebensmittelkisten schon jetzt an das SPI ausliefern zu lassen. Wobei er sich absolutes Stillschweigen darüber erbat, da er als Spender ungenannt bleiben wollte.

Infolge der Festsetzung der Preise in Goldmarkwert durchlitten nach O'Swalds Beschreibung die Schülerinnen, bei welchen es sich um „...Mädchen des gebildeten Mittelstandes, Töchter von Ärzten, Geistlichen, Juristen, Lehrern usw. handelte, derzeit größte wirtschaftliche Not“ (ebd.).

Am 15. 11. 1923 teilte Warburg Treuge mit, dass der Hamburgische Landesverein des Roten Kreuzes fünf Lebensmittelkisten in der kommenden Woche liefern würde. Woraufhin sich Treuge am 10. 12. 1923 bei ihm für die Lieferung bedankt und dabei den „...Reichtum und die Fülle der Gaben“ hervorhob, „...wodurch es mir möglich war, den mehr als die Hälfte in wirtschaftliche Not und Bedrängnis geratenen Schülerinnen ein feines Paket zusammenzustellen“ (Archiv des Departments Soziale Arbeit). Sie berichtete davon, 33 solcher Päckchen und zudem noch jeder Klasse Mehl und weitere Zutaten ausgegeben zu haben, um für die Adventsfeier etwas Weihnachtsgebäck herstellen zu können. Dabei betonte sie, dass keine der Schülerinnen den Namen des Spenders erfahren hätte.

1924 – Der staatliche Einfluss nimmt zu, die Not hält an

Die Stabilisierung der Währungsverhältnisse zeigten erste Ergebnisse. Nunmehr kostete der Mittagstisch pro Tag 30 Pfennige, der monatliche Freitisch 7,50 Mark. Dennoch mangelte es an Geld und so erging am 14. Januar ein Schreiben, diesmal an Herrn H. Kippenberg, mit der Bitte um Spende zur Einrichtung eines Wohnheimes für auswärtige Schülerinnen als günstigen Wohnraum, um somit den Aspekt des näheren Beisammenseins zu fördern.

Der in Bremen ansässige Kippenberg antwortete am 24. 1. 1924, „... es freut mich sehr, dass der Fortbestand nunmehr durch die staatliche Übernahme gesichert ist und Sie mich als Freund der Einrichtung betrachten. Ich sehe mich jedoch derzeit nicht in der Lage, finanzielle Hilfestellung zu gewähren, da meine Mittel bereits aufgebraucht sind“. Daher erfolgte im Februar ein allgemeiner Spendenaufruf zugunsten eines Studentinnen-Wohnheimes, der vom Hamburger damaligen Bürgermeister Petersen unterstützt wurde.

Um weitere Einnahmen zu erzielen, wurden u. a. Vorträge organisiert. Einer dieser Vorträge wurde von Gertrud Bäumer gehalten, bei der sich Treuge mit Schreiben vom 6. 10. 1924 an „die Frau Ministerialrat Dr. Bäumer“ in Berlin für deren Zusage bedankte. Des Weiteren teilte sie Bäumer die Wünsche einiger Honoratioren des Kuratoriums mit: So wünschten sich Frau Darboven, Frau O'Swald und Herr Senator Stubmann

an erster Stelle einen Vortrag „über Goethe, dann Kant oder drittens ein soziales Thema“. Treuge bevorzugte das soziale Thema. Sie schlug Bäumer den 29. 11. als Veranstaltungstag vor, weil in der darauffolgenden Woche die Generalversammlung der Freunde und ehemaligen Schülerinnen stattfinden würde, „...was wichtig sei, da zu der Zeit die Teilnehmer ‚mehr Geld und Gebefreundlichkeit besäßen‘“. In ihrem Antwortschreiben vom 9. 10. äußerte Bäumer den Wunsch, den Vortrag an einem Sonnabend halten zu dürfen. Sie könne thematisch Religion und Natur in Goethes Weltbewusstsein oder „die gegenwärtige Krisis der sozialen Idee“ vortragen. Letzteres unterstrich Treuge in dem Schreiben mit einem dicken Stift. Für den Vortrag wurde am 17. 10. bei der Hochschulbehörde der große Hörsaal der Kunsthalle für den 25. 10. um 19.30 Uhr beantragt. Der Eintritt sollte sich auf 2 Mark belaufen, das Thema lautete: „Die gegenwärtige Krisis der sozialen Idee“: Frau Ministerialrätin Dr. Gertrud Bäumer“ (ebd.).

Zufrieden stellte Treuge am 29. 10. gegenüber O'Swald fest, dass der Vortrag einen Reingewinn von 700 Mark erbracht hatte und es ca. 350 Gäste gegeben hatte.

Der Kontakt zwischen Freunden und Förderern des SPI und der Leitung beruhte anscheinend nicht nur auf finanzieller und formaler Ebene, es ist in den Schreiben durchaus auch ein persönliches Verhältnis und aufrichtiges Interesse aneinander erkennbar. Für die am 7. 12. 1924 in der Schule veranstaltete Adventsfeier waren einige Honoratioren eingeladen worden, und so finden sich im Archiv zwei Antwortschreiben, die auch ein wenig über die Eigenarten ihrer Absender aussagen. Eine Karte stammte von Helene Bonfort, die ihre Teilnahme am 29. 11. zusagte und zusätzlich schrieb: „... gerne komme ich, besonders dann wenn es pünktlich (unterstrichen, Anm. der Verf.) beginnen wird!“ Auch Max Warburg bestätigte, auch in Namen seiner Gattin, die Teilnahme am 25. 11., in der Hoffnung, „... dass der Kaffee dann noch warm ist, da wir die Vorweihnachtsstollen in Kaffee getunkt essen wollen“ (ebd.).

Kurz vor Weihnachten, am 22. 12., schrieb Treuge an Warburg mit der Bitte um Unterstützung bei der Durchsetzung von Vereinbarungen aus dem Vorjahr, wonach das Lehrpersonal genauso bezahlt werden sollte wie bisher. Ein gewisser Herr Hey⁶ hatte ihrer

Wahrnehmung nach nur wenig Verständnis für die „...Eigenart unserer Anstalt“ (Archiv des Departments Soziale Arbeit) und deshalb andere Besoldungsmaßstäbe setzen wollen. In einem am gleichen Tag gestellten Antrag auf Erhöhung der Dozenten-Gehälter wünschte sie sich eine Angleichung an die Gehälter der Volkshochschule. Sie warnte, dass viele Lehrkräfte bereits signalisiert hätten, unter den bisherigen Umständen ihre Lehrtätigkeit einzustellen und somit sei der „...Hochstand des Vorlesungswesens“ gefährdet. Daher forderte sie eine „...honorarmäßige Angleichung an die Volksschule, weil die wissenschaftliche Durchdringung des Stoffes sowie dessen Darlegung ebenso hoch sind“. Sie hob die kritische Zuhörerschaft ihrer Schülerinnen gegenüber den Jugendlichen als unkritische Zuhörer von Berufsschullehrern und der dortigen Vereinfachung von Unterrichtsinhalten als Argument hervor. Hieraufhin reagierte Warburg am 27. 12. und bat um nähere Angaben zu den Dozentengehältern des letzten Semesters. Treuge antwortete daraufhin am 30. 12., dass für das Trimester von September bis Dezember 1.458 Mark gezahlt worden seien, der Satz der Volkshochschule sich aber auf 2.625 Mark belaufen würde.

Die zweijährige Soziale Frauenschule war am 20. 12. 1920 von der Oberschulbehörde als Wohlfahrtsschule staatlich anerkannt und nach der rückwirkend zum 1. 4. 1923 erfolgten Verstaatlichung als SPI in die Berufsschulbehörde unter Oberschulrat Dr. Otto Lohse eingegliedert worden.

Staatsrat Otto Lohse (geb. 1865 in Köln, gest. 1946 in Hamburg) folgte Buehl 1905 auf den Posten des Direktors des öffentlichen Armenwesens und bekleidete das Amt bis 1920. Sein wichtigstes Arbeitsgebiet war die Kriegsfürsorge. Auf seine Initiative hin wurden neue Gesetze zur Zwangserziehung und öffentlichen Fürsorge für Minderjährige erlassen. Er selbst lehrte zwischenzeitlich am SPI. Seine Frau Maria, geb. Windscheid wirkte als Schriftführerin des Vereins (StAHH, ZAS 731-8, A 761).

1925 – Gleichberechtigung bei der Lehrkraft-Besoldung Die Finanzdeputation unter Carl Cohn schrieb am 7. 2. an Warburg, dass die Vergütung der Hilfslehrer am SPI sowie der übrigen Schulen der Berufsschulbehörde im Einvernehmen mit der Finanzde-

⁶ Zur Person Hey wurden bislang keine weiteren Informationen gefunden.

putation und Berufschulbehörde trotz Anhörung von Treuge festgesetzt seien. Insofern war das Gesuch um eine allgemeine Angleichung abgelehnt worden.

Carl Johann Cohn (geb. 1857 in Neustrelitz, gest. 1931 in Hamburg), fungierte von 1924 bis 1929 als Hamburger Finanzsenator (StAHH, ZAS 731-8, A 753).

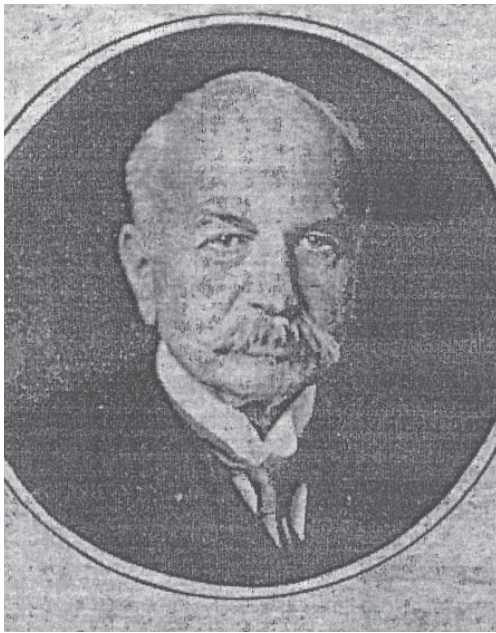


Foto: Staatsarchiv HH

Carl Johann Cohn (1857-1931)

Einen Monat später, am 8. 3., schrieb Warburg an Treuge, dass er für die Differenz bei den Gehältern im Jahre 1925 aufkommen wolle. Hierauf bedankte sie sich am 6. 4. und erwähnte dabei, dass die Finanzdeputation überraschenderweise letztlich dahingehend eingewilligt hätte, besonders hochqualifizierte Lehrkräfte ausnahmsweise in ihrem Sinne zu honorieren. In einem Schreiben vom 29. 5 an Warburg eröffnete Treuge die Perspektive, dass die Berufschulbehörde künftig die Honorare für akademische Kräfte auf 5 RM die Stunde erhöhen würde, wobei diese Angelegenheit noch nicht endgültig entschieden sei. Daher wollte sie nun doch von dem „...freundlichen Angebot jetzt Gebrauch machen, um den Dozenten die Differenzsumme durch Ihre Hilfe auszahlen zu können. Die Gesamtsumme beträgt diesen Monat (Mai) 145 M, die sich auf 10 Lehrkräfte verteilt“ (Archiv des Departments Solziale Arbeit).

Am 1. 6. 1925 bezahlte Warburg die 145 Mark für Dozentengehälter und teilte ihr am

24. Juni mit, dass er seinen Jahresbeitrag auf 100 Mark erhöhen wolle.

Da das Thema mit den Dozentengehältern noch nicht geklärt war, als sich Treuge am 23. 7. bei Warburg für die 175,50 RM zur Deckung der Juni-Honorare bedankte, kündigte sie schon einmal „ergebendst“ an, dass die Zusatzhonorare für Juli 88,75 RM betragen und auch wenn im August und September Ferien seien, die Honorarzahungen weitergeführt werden müssten. Sie gab ihrer Hoffnung Ausdruck, dass es im Herbst 1925 endlich zu einer Neuregelung seitens des Staates kommen werde. Doch bis zur letztendlichen Klärung sollte über ein Jahr vergehen.

Erst am 1. 2. 1927 erfolgte an Treuge der positive Bescheid seitens der Berufschulbehörde, dass gemäß des Senatsbeschlusses vom 3. 1. die Besoldung für vollakademische Lehrkräfte des SPI denen der Hochschulbehörde und der Volksschule angeglichen würden. Demnach sollten die Lehrkräfte 15 RM für eine Einzelstunde und 25 RM für die Doppelstunde erhalten (StAHH, 362-5 Nr. 7 Bd.).

Die Entwicklung nach 1933 Mit der Zwangspensionierung Treuges im Juli 1933 übernahm zunächst das NSDAP-Mitglied Heinrich Meyer die Leitung und von 1939 bis 1945 Horst Fickert, obwohl beiden die erforderliche Qualifikation fehlte. Im Zuge der ideologischen Gleichschaltung wurde das SPI 1934 in „Volkspflegeschule des staatl. Sozialpädagogischen Institutes“ umbenannt. Zu den bisherigen Unterrichtsfächern kamen nun auch Rassenkunde, Deutsche Volkskultur, Nationalsozialistische Volkspflege, Erbgesundheitspflege u.ä. hinzu (Dünkel 1998). Die Ausbildung wurde während des Krieges nicht unterbrochen. Anlässlich des Todes Gertrud Bäumers 1954 wurde die Schule im Juli des Jahres umbenannt in „Sozialpädagogisches Institut der Freien und Hansestadt Hamburg (Gertrud-Bäumer-Schule)“. Im Verlauf der Hochschulreform 1970 erhielt die Schule am 1. 4. 1970 den Status der Fachhochschule für den Fachbereich Sozialpädagogik und ist heute das Department Soziale Arbeit an der Fakultät Wirtschaft & Soziales der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg.

Schlussbemerkungen Nach der Gründung der sozialen Frauenschule und des SPI 1916



Foto: Frauke Schwarting

*Das erste Gebäude der Sozialen Frauenschule und des Sozialpädagogischen Instituts
in der Moorweidenstraße 24 heute*

durch Gertrud Bäumer und Marie Baum sind insbesondere die 1920er-Jahre für die damalige Schulleiterin Margarete Treuge eine harte Zeit, in der sie sich beständig um die wirtschaftliche Lage der Einrichtung kümmern musste. Dies gelang nur dank einer sehr aktiven Vernetzung mit einflussreichen Persönlichkeiten aus der Hamburger Kaufmannschaft und Politik. Leider geben die Unterlagen des Archivs keinen Aufschluss darüber, welche Motive diese Personen antrieb, sich für die Sozialen Frauenschule in diesem Maße einzusetzen. Nicht unerheblich erscheinen uns jedoch zwei Faktoren: Erstens waren viele der Protagonisten jüdischen Glaubens und bezogen hieraus eventuell ein Motiv für ihr soziales Engagement. Zweitens waren sicher viele der Förderer und Freunde der sozialen Frauenschule von der damals im Bürgertum verbreiteten philanthropischen Gesinnung oder einem Sozialreformismus beseelt. Ähnlich wie der Gründer des ersten Hamburger Volksheims, Wilhelm Classen, sahen auch sie im „sozialen Rittertum“ (Classen 1900) eine bürgerliche Pflicht und nicht zuletzt auch Notwendigkeit, da sie angesichts ihres vor allem durch industrielle und kaufmännische Tätigkeit hervorgerufenen Reichtums und Ansehens in einer der dro-

henden proletarischen Revolution einiges zu verlieren gehabt hätten.

Ebenfalls ist aus den uns vorliegenden Unterlagen nicht ersichtlich, wie die damalige Leitung der Sozialen Frauenschule mit diesen Fragen umging. War ihr der Hintergrund des bürgerlichen Engagements der Förderer bekannt und bewusst? Ging sie aus strategischen Gründen diese Bündnisse ein? Sah sie die Motive der Förderer als redlich an? Welche Sicht hatten sie und die Förderer auf die Funktion und Aufgabe einer professionellen Fürsorge angesichts der drohenden bzw. aktuellen gesellschaftlichen Umbrüche und Notlagen?

Diese und weitere Fragen sollten Gegenstand weiterer historischer Analysen sein. Wir hoffen, unsere Archivmaterialien gemeinsam mit den im Hamburger Staatsarchiv vorhandenen Unterlagen, in absehbarer Zeit einer interessierten Fachöffentlichkeit zugänglich machen zu können.

Literatur und Quellen

Amthor, Ralph Christian 2003: Geschichte der Berufsausbildung in der Sozialen Arbeit. Weinheim/München

Archiv des Departments Soziale Arbeit an der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg: Schriftverkehr des Sozialpädagogischen Institutes/Soziale Frauenschule, 1921 bis

1930

Classes, Walther 1990 *Sociales Rittertum in England*. Ein Reisebericht. Hamburg

Deutsches Geschlechterbuch Bd. 51, Hamburger Geschlechterbuch Bd. 7. Görlitz 1927

Dünkel, Barbara 1998: Die Ausbildung zur Volkspflegerin am Hamburger Sozialpädagogischen Institut während der NS-Zeit. In: *standpunkt : sozial*, Sonderheft, Hamburg

Dünkel, Barbara und Verena Fesel 1999: Von der Sozialen Frauenschule zur NS-Volkspflegeausbildung: das Hamburger Sozialpädagogische Institut 1917-1945. Münster

Fesel, Verena 1998: Die Bäume-Jahre des Hamburger Sozipä. von 1916-1920. In *standpunkt : sozial* Sonderheft, Hamburg

Hoffmann, Gabriele 2009: Max M. Warburg. Hamburg

Müller, C. Wolfgang 1994: *Wie Helfen zum Beruf wurde*, Bd. 2. Weinheim/Basel

Sachße, Christoph und Tennstedt, Florian 1998: *Geschichte der Armenfürsorge in Deutschland*, Bd. 1. Stuttgart

Staatsarchiv Hamburg, Kattunbleiche: Replik 362-5, 1916 -1962 SPI, Zeitungsartikelarchiv (ZAS, Signatur 731-8)

Thorun, Walter 1992: Die Nachkriegszeit. In: *standpunkt : sozial*, Heft 3/92, Thema: 75 Jahre Sozialarbeiter-Ausbildung in Hamburg. Hamburg, S. 36-40

Thorun, Walter 1998: Marie Baum, Gertrud Bäumer, Margarete Treuge. In: Hugo Maier (Hrsg.): *Who is who der Sozialen Arbeit*. Freiburg im Breisgau

Wendt, Wolf-Rainer 2008: *Geschichte der Sozialen Arbeit*. Stuttgart



Dieter Röh, Dr. phil., Dipl.-Soz.päd./Soz.arb.; Gesundheitswissenschaftler; Prof. f. Sozialarbeitswissenschaft an der HAW Hamburg, seit 2008 Leitung des Departments Soziale Arbeit an der Fakultät Wirtschaft und Soziales der HAW; Arbeitsschwerpunkte: Geschichte, Ethik und Theorien der Sozialen Arbeit; Handlungsfelder: Soziale Arbeit in der Behindertenhilfe und Sozialpsychiatrie, Klinische Sozialarbeit (insb. Soziale Diagnostik). dieter.roeh@haw-hamburg.de



Stephan Larisch, Student im 7. Semester im Bachelor-Studiengang Soziale Arbeit an der HAW Hamburg. stephan_christian-larisch@t-online.de